

**Frau Riehstein (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hackenschmidt, zunächst ein Lob: Auch die SPD-Fraktion hat erkannt, dass Europapolitik zu Haushaltsdebatten gehört. Das haben Ihre SPD-Minister in der vergangenen Legislaturperiode nicht sehen wollen.

Aber auch ein Tadel: Wenn Sie schon die Behauptung aufstellen, in dem Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode zwischen CDU und SPD hätte gestanden, Anträge der Opposition seien abzulehnen, dann lesen Sie bitte nach! Das steht nicht darin. Sie haben die Regelungen, wie im Landtag miteinander umgegangen wird, letztlich aus dem vorigen Koalitionsvertrag abgeschrieben und nichts Neues hinzugefügt.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Zur Sache, meine Damen und Herren! Die Europapolitik ist mit 1,1 Millionen Euro in der Tat nur ein kleiner Teil unseres Haushalts. Von den Fraktionen ist schon darauf hingewiesen worden, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, die daher sehr wichtig ist.

Herr Minister, ganz am Schluss Ihrer Rede hatte ich gehofft, dass Sie mich nicht enttäuschen würden; Sie haben es letztlich doch getan. Als Sie von Europa sprachen, haben Sie lediglich einen kleinen Ausblick in das Jahr 2011 gewagt und sind auf die Förderung europapolitischer Vorhaben eingegangen. Inhaltlich habe ich Ihrer Rede aber nichts entnehmen können, was Sie in diesem Jahr mit diesem Haushalt in und mit Europa machen wollen. Immerhin erhalten wir in der Förderperiode 3,3 Milliarden Euro Strukturfondsmittel, die Sie aber nicht neu gestalten, Herr Maresch. Was das angeht, sind die Messen längst gesungen. Sie dürfen sich jetzt auf die nächste Förderperiode vorbereiten. Aber das, was jetzt läuft, haben wir mit auf den Weg gebracht. Das müssen Sie uns schon zugute halten.

(Beifall CDU)

Wenn Sie schon ankündigen, Sie wollten eine europapolitische Offensive starten, dann frage ich mich: Warum haben Sie Ihre Landesregierung bisher nicht mitgenommen? Wir fragen im Ausschuss seit langem - nach Ablauf der ersten 100 Tage; wir sind auch fair -, wo der europapolitische Ansatz der Landesregierung ist. Er ist unbekannt. Wir haben bislang noch keine Schwerpunkte der Landesregierung zu hören bekommen, wissen also nicht, was sie eigentlich machen will. Wir sind auf das Arbeitsprogramm der Kommission vertraut worden. Sie ist in der Tat erst im Februar gewählt worden und brauchte ein bisschen Zeit, sich vorzubereiten. Die Schwerpunkte können auf das Arbeitsprogramm Bezug nehmen, müssen es aber nicht. Ich hoffe, dass wir diesen Zustand auch im Ausschuss bald ändern werden.

Wenn ich mich frage, wie präsent Brandenburg in den europäischen Gremien ist, dann stelle ich fest: unzureichend. Wenn ich mir vor Augen halte, dass im Ausschuss der Regionen - ich muss sagen: dankenswerterweise - auch der Landtag vertreten ist, aber ein Abgeordneter in den Ausschuss der Regionen geschickt wird, den ich sehr schätze, der aber noch nicht einmal Mitglied des Europaausschusses ist, dann frage ich mich, wie dort ein Zusammenspiel erfolgen soll. Unabhängig davon war Brandenburg in der letzten Plenardebatte im Ausschuss der Regionen, als es immerhin um die wichtige Stellungnahme zur Kohäsionspolitik ging, nicht vertreten.

Einige von Ihnen kennen noch den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas. Meines Wissens ist der Platz Brandenburgs derzeit vakant. Ich weiß nicht, wann die Landesregierung gedenkt, ihn nachzubeseetzen.

Wie ist angesichts dieser Rahmenbedingungen das Bild Brandenburgs in Brüssel? Unzureichend! Wir haben zumindest auf unserer letzten Ausschussreise eine Antwort bekommen, einer Ausschussreise übrigens, auf der Sie, Herr Maresch, die europapolitische Offensive angesprochen haben. Aber Sie sind auf diesem Weg ganz allein. Ich habe nicht gesehen, dass ein Abgeordneter der SPD Ihren Weg der europapolitischen Offensive bisher mitgegangen wäre; in Brüssel war zumindest kein SPD-Abgeordneter anwesend.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir haben viele Gespräche mit Mitgliedern der Generaldirektionen geführt und hofften, ein Feedback zu bekommen, wie Brandenburg dort aufgestellt ist. Was aber haben wir gehört? LASA! Die Affäre um die LASA prägt momentan das Bild Brandenburgs in Brüssel. Ich hatte mir dagegen etwas Positives vorgestellt: dass wir eine gute Kohäsionspolitik machen, dass wir Impulse setzen, dass wir auf dem europapolitischen Parkett besser vertreten sind. Fehlanzeige!

Wir können uns ferner die Frage stellen: Wie agiert Brandenburg eigentlich als Partner in Europa? Unzuverlässig. Wir haben immer den „Leuchtturm“ hervorgehoben, dass wir gemeinsam mit Berlin eine Wirtschaftsrepräsentanz in Brüssel haben. Während unserer Ausschussreise mussten wir erfahren, dass sich Brandenburg klammheimlich aus dieser Partnerschaft - ich hätte fast gesagt - gestohlen hat. Weder das Parlament ist informiert worden, noch sind frühzeitig die Entscheidungsträger in Berlin unterrichtet worden. So geht man mit Partnern nicht um. Wenn wir schon von der Fusion reden, dann müssen wir auf dem europäischen Parkett damit anfangen.

Ein anderes Beispiel: In der Oder-Partnerschaft ist Brandenburg sehr aktiv. Dennoch müssen wir feststellen, dass das letzte Gipfeltreffen am 13. Januar - es war als solches angekündigt worden - letztlich zu einem netten Zusammenkommen mutiert ist, um einander kennenzulernen. Ergebnisse haben wir bis heute nicht.

Insgesamt stelle ich momentan ein eher lustloses Agieren auf dem europäischen Parkett fest. Davon möchte ich ausdrücklich die Arbeitsebene, die Mitarbeiter der Landesvertretung in Brüssel, aber auch die Europaabteilung ausnehmen. Dort wird eine engagierte Arbeit mit viel Sachverstand geleistet.

Herr Maresch hat vorhin gesagt, Europa sei im Koalitionsvertrag würdig vertreten. Ich finde es ein bisschen bedenklich, wenn man in den Koalitionsvertrag Selbstverständlichkeiten hineinschreiben muss wie, dass man zum Lissabon-Vertrag stehe. Das ist ganz normal, und so muss es auch sein. Nur, die Umsetzung des Lissabon-Vertrags habe ich bis heute nicht gesehen, wenn ich einmal über das Frühwarnsystem nachdenke. Gerade hat uns die Kollegin aus Berlin übermittelt, dass der Senat dem Abgeordnetenhaus schon 16 Unterlagen im Rahmen dieses Frühwarnsystems übersandt hat. Vielleicht habe ich es übersehen, aber bei mir ist von der Brandenburger Landesregierung noch nichts angekommen.

Von meinen Kollegen ist schon angesprochen worden, dass zu den Europaangelegenheiten auch die Entwicklungspolitik ge-

hört. In der Tat ist 2002 - Sie waren damals noch nicht im Parlament -, als Brandenburg wirklich nur ganz knapp kalkulieren konnte, die Entwicklungspolitik herausgestrichen worden. Von der später zuständigen Staatskanzlei ist sie aber auch nicht wieder eingefügt worden. Lasten Sie also bitte nicht alles der CDU an, sondern schauen Sie, wer wirklich dafür zuständig ist!

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat im Oktober 2008 neue Maßstäbe gesetzt. Diese sind von uns aufgegriffen worden, und wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir hatten aber 2008/2009 einen Doppelhaushalt, sodass 2010 für uns die erste Möglichkeit bestand zu agieren. Wir wären sehr froh gewesen, wenn Sie unseren Antrag, der Entwicklungspolitik 75 000 Euro zukommen zu lassen, mitgetragen hätten. Das haben Sie leider nicht. Wir haben nicht gegen Ihren Antrag gestimmt, weil uns die Entwicklungspolitik wichtig erscheint.

Gleichwohl verweise ich auf das, was Herr Bommert vorhin gesagt hat. Sie haben eine so unseriöse Deckungsquelle genommen: Entweder entspricht der Haushalt wirklich der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit oder es ist in der Tat eine unseriöse Deckungsquelle. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Fritsch:**

Frau Abgeordnete Teuteberg spricht für die FDP-Fraktion.

**Frau Teuteberg (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es zieht sich wie ein roter Faden durch diese Haushaltsdebatte: Eine solide Finanzierung sieht anders aus. Das gilt leider auch für den Bereich Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik.

Sehr geehrter Herr Minister Christoffers, wir begrüßen es sehr, dass Sie der Europapolitik in Brandenburg einen höheren Stellenwert einräumen wollen. Man konnte in der Vergangenheit bei der Landesregierung manchmal den Eindruck haben, dass das kein Herzensthema ist. Ob es das wirklich ist?

Sie selbst halten hierfür die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Bereich Europaangelegenheiten für wünschenswert. Aber genau das spiegelt sich in diesem Einzelplan nicht wider. Es wäre ein schönes Zeichen gewesen, wenn zum 60. Jahrestag der Schuman-Erklärung am kommenden Sonntag, dem Europatag, ein anderes Signal von dieser Debatte hätte ausgehen können.

Beispiel Oder-Partnerschaft: Die Stärkung dieser Partnerschaft ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung, das man - nebenbei bemerkt - auch mit mehr Dynamik verfolgen könnte. Im Haushalt aber wird die Oder-Partnerschaft nicht mit einem eigenen Posten bedacht. Es findet sich die Zusammenarbeit mit Polen, und es finden sich die Partnerschaftsbeauftragten. Die Bedeutung der Oder-Partnerschaft aber, die von der Landesregierung immer wieder herausgestellt wird, schlägt sich im vorgelegten Ansatz nicht nieder.

Das führt mich direkt zum nächsten Punkt, der mangelnden Transparenz des Haushaltsentwurfs. Prägnantestes Beispiel dafür waren die Beratungen im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik über einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen, um einen Posten im Bereich

Entwicklungspolitik wieder einzuführen. Es wurde hier gerade erwähnt.

Als es um die Frage der Deckung für diesen Posten ging, stellte sich heraus, dass die Deckungsquelle von Regierungsseite wissentlich zu hoch angesetzt worden war. Das Ergebnis: Hier gab es einen schönen Geldpuffer, der während der Beratungen über den Haushalt für Änderungsanträge der Regierungsfractionen angezapft werden konnte, und das unter dem öffentlichen Eingeständnis, dass die Deckungsquelle zu hoch war. Man muss sich also fragen, wie viele versteckte Geldreserven es im Haushaltsentwurf wirklich gibt.

(Beifall FDP)

Das wissen wir als Opposition nicht - leider. Wir sind da auf Schätzungen angewiesen. Transparenz sieht anders aus,

(Beifall FDP)

und es wirft kein gutes Licht auf die Regierung, wenn sie über ihren eigens entworfenen Haushalt sagt, die Ansätze seien zu hoch.

Ich bleibe abschließend beim Stichwort Transparenz. Der Titel Öffentlichkeitsarbeit ist erfreulicherweise von 20 000 auf 31 500 Euro angestiegen, und das unter anderem mit der Begründung, die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verstärkt über europäische Schwerpunktthemen informieren zu wollen.

Eine verstärkte Information durch die Landesregierung - ja, das hätten wir uns als Abgeordnete ebenso gewünscht, und zwar zum Beispiel über den Rückzug aus der gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz in Brüssel. Dass es an der gemeinsamen Umsetzung von Wirtschaftsinteressen zwischen Berlin und Brandenburg offenbar hapert, ist schon schlimm genug, aber das eigene Parlament nicht im Vorfeld darüber zu informieren, dass man die Entscheidung, sich aus der Repräsentanz herauszuziehen, nun umsetzt, ist eine denkbar schlechte Informationspolitik und eine klare Missachtung des Parlaments.

(Beifall FDP)

Man kann zu diesem Thema noch viel sagen. Zu dem Grundsatz, dass wir sicherlich nur Erfolg haben werden, wenn wir uns als eine Metropolregion Berlin-Brandenburg präsentieren - nur wenn wir das glaubwürdig tun -, habe ich mir heute während der Debatte manchmal die Frage gestellt, ob sich manche Kollegen und zum Beispiel Minister Baaske auch die Frage stellen, wie eigentlich das kleinliche Herumreiten auf den Ländergrenzen zwischen Berlin und Brandenburg auf europäische Beobachter wirkt.

(Beifall FDP und CDU)

Ich kann dazu nur sagen: Wir sind nicht hier, um solche Vorurteile und Befindlichkeiten zwischen Berlinern und Brandenburgern zu bedienen. Tolerantes Brandenburg fängt vor der Haustür und auch hier im Plenum an.

Für uns gilt: Wir konnten uns als Abgeordnete auf der Ausschussreise wieder einmal von der guten Arbeit der Landesvertretung in Brüssel überzeugen. Es ist eine sehr engagierte, eine leise und zugleich effiziente Arbeit. Weil wir - das sage ich auch für die Fraktion der Liberalen - diese Arbeit der Landes-